



# Deutsche Rats- präsidentschaft: Fokus auf nachhaltigem Wachstum

Ab Juli 2020 formuliert die Bundesregierung turnusgemäß für ein halbes Jahr die wichtigsten politischen Ziele und Programme des Rates der Europäischen Union unter Berücksichtigung der strategischen Agenda des Rates und der politischen Leitlinien der Europäischen Kommission. Zusammen mit den anderen beiden Ländern der Trio-Präsidentschaft (Portugal und Slowenien) gestaltet sie quasi als „neutraler Broker“ bis Ende 2021 grundsätzlich die wichtigsten Ziele und Programme in dieser Periode.

Gemeinsam mit der Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen soll zum ersten Mal ein gemeinsames Arbeitsprogramm von Kommission, Rat und Parlament beschlossen werden. Wie viele andere Weltregionen steht Europa vor immer drängenderen Herausforderungen. Daher fordern die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe folgende Prioritäten zu setzen:

- Sicherung eines fairen und möglichst freien Welthandels, um alle Wachstumschancen angesichts der drohenden Konjunkturabkühlungen zu nutzen.
- Einen Klimaschutz mit verstärkten staatlichen Investitionen zur Stützung des Wachstums und mit klaren Zusagen auf europäischer und nationaler Ebene, um auch wieder das Vertrauen in private Investitionen zu stärken.
- Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Verbesserung von Angebotsbedingungen und stärkerem Aufbau von Wissenskapital und die Bereitstellung einer leistungsfähigen Digitalinfrastruktur in allen europäischen Mitgliedstaaten.

Berlin, 8. November 2019

## Autoren

Uwe Burkert - LBBW  
Uwe Dürkop - Berliner Sparkasse  
Jochen Intelmann - Haspa  
Dr. Ulrich Kater - DekaBank  
Christian Lips - NORD/LB  
Dr. Jürgen Michels - BayernLB  
Dr. Gertrud Traud - Helaba  
Prof. Dr. Carsten Wesselmann  
- Kreissparkasse Köln

## Koordinatoren

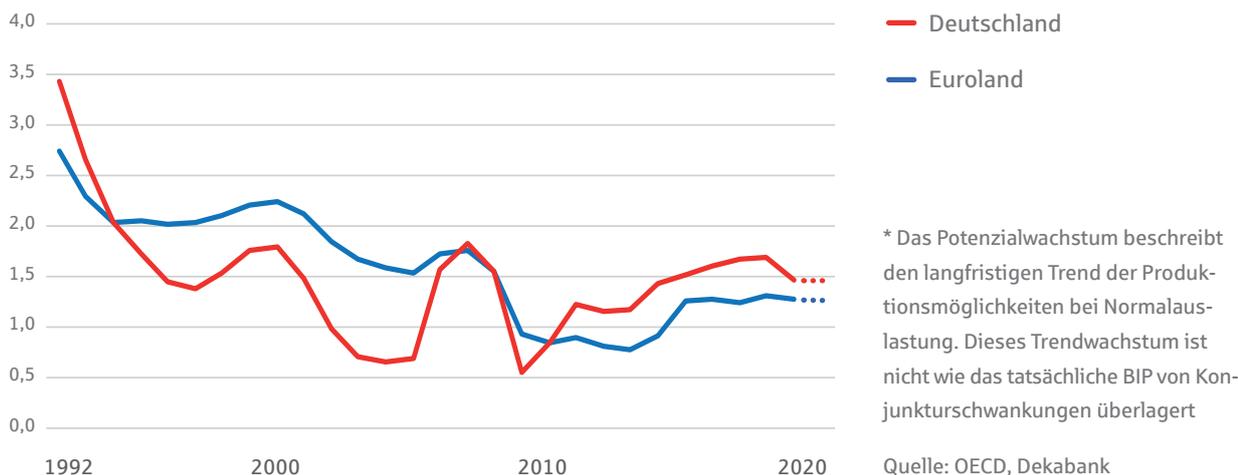
Dr. Reinhold Rickes  
Reinhold.Rickes@dsgv.de  
Dr. Sonja Scheffler  
Sonja.Scheffler@dsgv.de

# Deutsche Ratspräsidentschaft: Fokus auf nachhaltigem Wachstum

## Deutsche Ratspräsidentschaft: Fokus auf nachhaltigem Wachstum

Da die zugrundeliegenden Entwicklungen für diese Prioritäten langfristiger Natur sind, werden auch die Schwerpunkte des Präsidentschafts-Trios in diesen Feldern zu finden sein, ebenso wie auch in den Metathemen der Weiterentwicklung der europäischen Governance oder sogar einer „europäischen Vision“. Für die ökonomischen Aspekte der Agenda sollten gerade nach Meinung der Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe aus deutscher Sicht langfristig Akzente für einen dauerhaften Aufschwung gesetzt werden. Das wird daran deutlich, dass sich das Wachstum vom Einbruch seit der Finanzkrise nicht erholt hat.

### Potenzialwachstum des BIP\*, in Prozent



## Klima- und Umweltschutz

Ambitionierte Ziele bei der Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, beim Anteil erneuerbarer Energien und Umweltstandards zählen zu den Grundüberzeugungen der deutschen Umweltpolitik. Hier sollte sich die deutsche Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, in Europa insgesamt die Implementierung von Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung voranzubringen. Nur so können die europäischen Institutionen auf internationaler Ebene glaubwürdig und eindringlich dafür werben, dass sich andere Staaten mit der gleichen Intensität für das weltweite Gemeingut „Umwelt“ engagieren. Weiterhin sind Forschung und Entwicklung sowie auch die Umsetzung von Innovationen zu fördern, die in Europa den Klima- und Umweltschutz voran bringen.

Je entschlossener die Nachhaltigkeitsziele angegangen werden, desto wichtiger wird die Beachtung sozialer Aspekte sowie der Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand in Europa. Die Ökonomen in der Sparkassen-Finanzgruppe erachten prinzipiell eine anreizbasierte bzw. anreizkompatible Governance als den vielversprechendsten Weg. Zur Internalisierung der negativen externen Effekte des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes kann eine Steuerlösung prinzipiell ebenso beitragen wie ein Zertifikatehandel. Insbesondere bei einer weltweit bindenden Verhandlungslösung kann ein globales Zertifikatesystem sinnvoll sein, das auf möglichst viele emissionsrelevante Sektoren ausgedehnt ist. Daher sollte sich die Ratspräsidentschaft für eine Erweiterung des Zertifikatesystems auf die Sektoren Verkehr und Gebäude einsetzen. Unter den Realitätsbedingungen nationaler Klimaziele und –politik sind jedoch auch nationale Klimasteuern bei ausreichender Flexibilität in den Steuersätzen ein effektives Instrument zur Erreichung von Emissionszielen und dabei auch auf Grundlagen von Boni und Mali symmetrisch Anreize für CO<sub>2</sub>-Reduktionen zu schaffen. Wesentlich ist es bei allen Maßnahmen, die Wettbewerbswirkungen auf die europäischen Unternehmen einzu beziehen und Verlagerungen von Aktivitäten aufgrund unterschiedlicher Umweltstandards entgegenzuwirken.

Ein Schwerpunkt der Maßnahmen zum Klimaschutz muss jedoch auch in der Kommunikation eingerichtet werden. Klimaschutzanstrengungen bedeuten teilweise drastische Änderungen in der Art zu produzieren und zu konsumieren. Solche Änderungen gehen nicht ohne Kosten einher. Die Akzeptanz solcher Kosten bei den Bürgern hängt auch von der Transparenz der Politik ab, Art und Umfang dieser Kosten zu kommunizieren. Ebenso wichtig ist eine Verteilung der Kosten nach sozialen Kriterien. Gleiches gilt für die Auswirkungen auf Wohlstand und Arbeitsplätze. Insbesondere sollte die EU in ihren umweltpolitischen Maßnahmen stets mit prüfen, wie die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gegenüber Unternehmen aus Ländern mit geringeren Umweltstandards beeinflusst wird und wie man gegebenenfalls deutlich negative Auswirkungen mildern kann.

*Investitionen für  
Klimaschutz forcieren*

### **Wachstumspolitik**

Die Chefökonominnen der Sparkassen-Finanzgruppe setzen sich dafür ein, Wachstum und Umwelt nicht gegeneinander auszuspielen. Wachstum bleibt für uns eine wichtige Zielgröße der Wirtschaftspolitik. In einer wachsenden Wirtschaft sind soziale Unterschiede besser zu bewältigen, weil die materiellen Aufstiegsmöglichkeiten sowie aber auch die Basis für Umverteilung vergrößert werden. Unter der Beachtung des Nachhaltig-

keitsprinzips sollte das Wirtschaftswachstum weiter gefördert werden. In der gegenwärtig und auch im kommenden Jahr zu erwartenden Umgebung niedriger Wachstumsraten oder teilweise sogar stagnierender Wirtschaftsleistung in der EU sollte ein Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Überlegungen in der effektiven Verbesserung von Wachstumsbedingungen in den Mitgliedsländern liegen. Dazu gehört eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Ursachen für die gegenwärtige schwache wirtschaftliche Dynamik. Wir sind der Auffassung, dass gegenwärtig keine konjunkturelle Schwäche vorliegt, die mit dem klassischen keynesianischen Instrumentenkasten zu beheben wäre. Denn die europäische Wirtschaft erfährt zurzeit keinen ausgeprägten Konjunkturzyklus, sondern eine Wachstumsschwäche, die selbst durch eine mittlerweile fünf Jahre anhaltende Nullzins-Geldpolitik nicht beendet werden konnte. Die zyklischen Komponenten können im Rahmen der automatischen Stabilisatoren (etwa gleichbleibende Ausgaben des Staates bei im kommenden Jahr sinkenden Steuereinnahmen) abgefangen werden, die Wachstumsschwäche muss gesondert angegangen werden.

Wir meinen vielmehr, dass die großen ökonomischen Themen des kommenden Jahrzehnts eher struktureller Natur sind. Sie bestehen in der Gestaltung des technischen Wandels hin zur Dienstleistungsökonomie und zu digitalen Produktionsprozessen, ebenso wie in der Bewältigung der demografischen Herausforderungen. Aus diesem Grund rückt für uns auch das Thema Wettbewerbsfähigkeit weit nach vorne auf der Agenda. Die Aufgabe, gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aufzubauen, liegt zu einem großen Teil bei den Mitgliedstaaten selbst. Hier werden Themenfelder wie Rechtspflege, Qualität der öffentlichen Verwaltung, Arbeitsmarktregeln oder Bildung verantwortet.

Aber auch auf europäischer Ebene werden Bedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gestaltet. In der Frage gelockerter Wettbewerbsregeln zur gezielten Förderung europäischer Champions plädieren wir für eine differenzierte Vorgehensweise. Bisherige Vorstellungen von Wettbewerbspolitik müssen auf neue Branchen und ein verändertes weltpolitisches Umfeld neu adjustiert werden. Ebenso gilt es, für jede Branche differenziert nach den Auswirkungen des jeweiligen Regulierungsregimes auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu schauen. Eine besondere „europäische Regulierungsphilosophie“ kann Wettbewerbsvorteile bringen (etwa beim Datenschutz), aber auch Nachteile. Wir sind daher gespannt, wie sich die in der neuen Europäischen Kommission geplante zusammengelegte Verantwortung für Digitalisierung und Wettbewerbspolitik auswirken wird. Gerade die Missbrauchskontrolle muss mit Blick auf die weltweiten Entwicklungen der digitalen Märkte klaren Kriterien im Spannungsfeld von Datenschutz und Wettbewerb folgen. Wir

*Strukturreformen angehen  
– Wettbewerbsfähigkeit stärken*

plädieren dafür, die bislang innerhalb Europas angewendete Subventionskontrolle auch außerhalb Europas anzuwenden und im Fall von Verstößen ein breites Instrumentarium, angefangen von einer Thematisierung im Rahmen von Verhandlungen bis hin zu abgestuften Sanktionen anzuwenden.

Für die kommenden Jahre sollte der Fokus der bisherigen Diskussion weg von nachfrageseitigen und kurzfristig konjunkturellen Argumentationen, hin zu angebotsseitigen und langfristig wachstumsseitigen Hemmnissen für eine leistungsfähigere europäische Wirtschaft verlagert werden. Die Geldpolitik hat ihre Möglichkeiten der Stimulierung ökonomischer Aktivität ausgereizt. Gleichzeitig teilen wir nicht die pauschale Aussage, die Finanzpolitik müsse nun „übernehmen“. Die pauschale Bereitstellung von öffentlichen Geldern zur Ankurbelung der Wirtschaft erzeugt erfahrungsgemäß Strohfeuer, die bald wieder verlöschen und den Staatshaushalt nach kurzer Zeit mit höheren Schulden aber wieder sinkenden Wachstumsraten zurücklassen.

*Keine aktivistische Fiskalpolitik*

Auch zielgerichtete Groß-Ausgabenprogramme, etwa für Infrastruktur, halten wir für nicht einfach umsetzbar. So ist beispielsweise in einigen europäischen Ländern die Durchführungskapazität für größere Infrastrukturmaßnahmen nicht gegeben, sei es aus planungsrechtlichen Gründen oder mangels Verwaltungs- oder Baukapazität. Dennoch sollten die Anstrengungen erhöht werden, um mit einheitlichen Standards eine grenzüberschreitende wettbewerbsfähige digitale Infrastruktur zu implementieren. Daher plädieren wir dafür, bei allen Überlegungen zu Investitionsfonds nicht nur Finanzierungs-, sondern insbesondere Durchführungsthemen in den Mittelpunkt zu stellen. Wichtig bleibt auch angesichts der demographischen Herausforderungen, das Wissenskapital weiter zu stärken. Denn für Europa und Deutschland können gerade über die Bildung neue Innovations- und Investitionschancen in neue Wohlstandsgewinne für Alle umgesetzt werden.

*Wissenskapital erhöhen*

In einigen Mitgliedstaaten erschweren immer noch Arbeitsmarktregulierungen die Entstehung von Arbeitsplätzen. Vielen Ländern gemein ist ein zu langsames Innovationssystem, einschließlich der Hürden für die Unternehmensgründung. Vor dem Hintergrund vielfältiger Einzelprobleme in den unterschiedlichen Mitgliedsländern ist zu überlegen, wie die EU unterstützen kann, ohne die Subsidiarität ihrer Aufgabenerfüllung zu verletzen. Einfach nur neue Etats zu gründen, öffnet Verschwendung und Ineffizienzen Tür und Tor. Für die deutsche Ratspräsidentschaft wünschen wir uns den Anstoß einer Diskussion, die angebotsseitige Rahmenbedingungen wieder auf eine gleiche Diskussionsebene bringt wie die gegenwärtig von Vielen favorisierten dauerhaft defizitfinanzierten Fiskalprogramme.

### **Währungs-, Banken-, und Kapitalmarktunion stärken**

Nachdem Vorschläge in der unmittelbaren Folge der Eurokrise zur Fortentwicklung der Europäischen Währungsunion gerade von deutscher Seite nicht in allen Punkten mitgetragen werden konnten, ist es an der Zeit, Perspektiven zur Fortentwicklung der Europäischen Währungsunion zu entwickeln. Dabei kann die Bundesregierung aufbauen auf die Maßnahmen, die in jüngster Vergangenheit trotz aller Stillstandrhetorik getroffen worden sind, wie die Einigung auf ein europäisches Budget für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz, die Schärfung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und die Weiterentwicklung von Banken- und Kapitalmarktunion. Dabei sollte die deutsche Ratspräsidentschaft noch offene Fragen wie bspw. zum Verhältnis von anderen europäischen Fonds über die Investitionen gefördert werden zu diesem neuen Budget für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz (BICC) klären. Entscheidend bleibt aus Sicht der Chefökonominnen der Sparkassen-Finanzgruppe, dass für die nächste Haushaltsperiode auf europäischer Ebene insgesamt mehr zur Stärkung der Investitionskraft Europas unternommen wird.

*Offene Fragen zu BICC klären*

Probleme bereitet nach wie vor der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Er ist nach zahlreichen Ergänzungen mittlerweile so komplex, dass er kaum noch eine effektive Disziplinierungswirkung für die öffentlichen Finanzen der Mitgliedsländer entfalten kann. Viele nationale Schuldenquoten und Defizite sind weiterhin zu hoch, gemessen an dem weiterhin gültigen Grundgedanken, dass die Schuldenquoten in guten Zeiten verringert werden sollten, um in schlechten Zeiten höhere Defizite zu ermöglichen. Hier stellt sich die Frage, ob nicht darauf hingewirkt werden muss, dass alle Mitgliedstaaten Budgetprozesse sowie langfristige Budgetausgleichsregeln auf Verfassungsebene verankern müssen, weil nur so die Kontrolle der fiskalischen Entwicklung durch die nationalen Gerichte effektiv möglich ist. Mit solchen nachhaltigen Konsolidierungsstrategien kann auch zielführend der Staaten-Banken-Nexus solide gelöst werden. Eine weitere finanzielle Stärkung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder anderer zwischenstaatlicher Finanzmechanismen ist nur um den Preis der Abtretung fiskalischer Souveränitätsrechte sowie der Ausarbeitung eines funktionierenden Insolvenzregimes für die Mitgliedstaaten zu verantworten.

Für die Banken- und Kapitalmärkte sind wichtige Reformen auf den Weg gebracht worden. Nirgendwo sonst in den großen Feldern der Wirtschaftspolitik gelingt es bisher, Verantwortung, Kontrolle und Haftung für gesamteuropäische Aufgaben so synchron auf die europäische Ebene zu heben. Für den europäischen Bankensektor gilt weiterhin, dass ein wirklicher Abbau von Non-Performing Loans auf gleiche Niveaus in den Mitgliedstaaten deutlich vorangebracht werden muss. Der Schritt zu einem zentralisierten

*Solide Finanzen entscheidende  
Wachstumsvoraussetzung*

Einlagensicherungssystem ist weder notwendig noch angemessen und bleibt ökonomisch schädlich und gesellschaftspolitisch gefährlich.

*Keine zentrale Einlagensicherung*

Mit der voraussichtlichen Veröffentlichung eines Gesetzgebungsvorschlages zur Umsetzung der Basel-III-Finalisierung („Basel IV“) im zweiten Quartal 2020, fällt in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft auch der Beginn politischer Diskussionen zu diesem zentralen Thema. Hier ist insbesondere bei der Umsetzung der veränderten Eigenkapitalregeln darauf zu achten, dass die Funktionsfähigkeit des europäischen Bankensektors nicht noch weiter geschwächt wird als bisher schon. Auch besteht hier die Möglichkeit, die Regulierungsbürokratie nach Institutsgröße abzuschichten, eine Aufgabe, der sich insbesondere die deutsche Ratspräsidentschaft als Repräsentant eines besonders durch mittlere und kleine Banken geprägten Bankenwesens, das ein wichtiger Pfeiler für die mittelständisch geprägte deutsche Wirtschaft ist, verpflichtet fühlen sollte.

Schließlich müssen den Marktkräften in Europa zur Stärkung der Europäischen Währungsunion wieder mehr Freiräume eingeräumt werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft könnte daher eine Art „Entfesselungspaket“ auf den Weg bringen. Durch übertriebene Regelungsdichte und komplizierte Regelungen auch auf EU-Ebene ist das Leben von Bürgern und die Tätigkeit von Unternehmen und Behörden unnötig erschwert worden. Dies gilt insbesondere für das Vergabe- und Planungsrecht. Hier könnte über die Europäische Kommission eine Vereinfachungsinitiative initiiert werden, damit notwendige Innovationen schnell in die Tat umgesetzt werden können.

*Bürokratie abbauen*

## Disclaimer

Das vorliegende Positionspapier der Chefvolkswirte entspricht nicht notwendigerweise der Haltung der DekaBank oder der Haltung der jeweiligen Landesbanken und Sparkassen.

## Impressum

### **Herausgeber**

Deutscher Sparkassen- und Giroverband  
Abteilung Volkswirtschaft, Finanzmärkte  
und Wirtschaftspolitik  
Charlottenstraße 47  
10117 Berlin  
Telefon: 030 20225-5303  
DSGV-Volkswirtschaft@DSGV.de  
www.DSGV.de

### **Redaktionsschluss dieser Ausgabe**

8. November 2019

### **Gestaltung**

Franz Metz, Berlin

### **Bildnachweis**

pixabay/Eukalyptus

### **Verantwortlich**

Pia Jankowski – DSGV  
Direktorin  
Leitung Volkswirtschaft, Finanzmärkte  
und Wirtschaftspolitik  
Pia.Jankowski@DSGV.DE

Dr. Reinhold Rickes – DSGV  
Abteilungsleiter  
Leitung Volkswirtschaft  
Reinhold.Rickes@DSGV.DE

### **Hinweis**

Alle Publikationen dieser Reihe finden Sie unter  
<https://www.dsgv.de/positionen.html#standpunkte>

### **ISSN**

2509-3851